



Der Bund steckt im E-lend

*Die Schweizer sollen übers Internet abstimmen.
Wie das gehen soll und wie viel es kostet, ist unklar.
Jetzt geht der Bund über die Bücher*

VON DANIELA PALUMBO

Die Schweiz steht mit der Volkszählung übers Internet und den geplanten Onlineabstimmungen in Genf, Neuenburg und Zürich im E-Government weltweit an vorderster Front.

So sieht es die Strategie des Bundes vor, so tönt es aus vielen Schlagzeilen.

Die Wirklichkeit sieht anders aus:

Schicksal wie der New Economy – die grosse Ernüchterung.

Anfang Mai schien es fast so, als sei die Schweiz ins digitale Mittelalter zurückgefallen: Die Zertifizierstelle Swisskey stellte die Ausgabe digitaler Identitätsausweise ein. Auf einen Schlag gab es in der Schweiz keine Anbieterin digitaler Signaturen mehr, mit denen sich Personen im Internet eindeutig identifizieren lassen. Diese Sicherheits-

E-Commerce und des E-Government. SP-Nationalrat Paul Günter reichte einen Tag nach dem Swisskey-Entscheid im Parlament eine dringliche Interpellation ein. Titel: «Verschwindet mit Swisskey unsere E-Zukunft?»

Später, in der Nationalratsdebatte vom 21. Juni, wurde der Ruf nach dem Einschreiten des Staates laut: Das elektronische Passbüro sei Sache des Staates, sagte Günter. Parteikollege Peter Vollmer

revolutionär, dass sich der Nationalrat einmal die Mühe nehme, eine für die gesellschaftliche Zukunft ausserordentlich wichtige Frage zu diskutieren.

Nur: Die Einstellung der digitalen Zertifikate ist für das E-Government viel weniger dramatisch, als die Schlagzeilen glauben machen wollten. In den meisten Fällen, in denen Bürger die Behörden kontaktieren, braucht es keine digitale Unterschrift – bei Anfragen oder Bestellungen etwa, die sie bisher telefonisch oder via Fax erledigten. Eine digitale Signatur wäre nur dort zwingend, wo heute eine handschriftliche Signatur erforderlich ist wie beispielsweise bei der Steuererklärung und bei Unterschriftensammlungen für Initiativen und Referenden.

Solche Transaktionen zwischen Bürger und Staat sind jedoch nicht so inten-

nologie lohnen würde. Der Schweizer füllt seine Steuererklärung einmal im Jahr aus, verlängert den Pass nur alle fünf Jahre und wechselt im Normalfall auch nicht jedes Jahr den Wohnort.

Es gibt billigere Lösungen als die digitale Identitätskarte

Eine digitale Identitätskarte wäre sinnvoller, wenn man damit auch Bankeinzahlungen tätigen und Autos sowie Häuser kaufen könnte. Mit dem Wegfall von Swisskey wurde jedoch die Idee eines digitalen Identitätsausweises, der überall einsetzbar ist, zu Grabe getragen. Und die grossen Unternehmen wie die Banken denken nicht daran, Geld in ein gemeinsames Projekt zu investieren, von dem auch die Konkurrenz profitieren könnte.

Der Bund steckt im E-lend

Zumal günstigere Alternativen existieren. «Im E-Commerce und im E-Government gibt es im Einzelfall immer billigere Lösungen als mit allgemeinen Zertifikaten», sagt Urs Bürge, Koordinator für E-Government im EJPD und BJ.

Zu diesem Schluss kam auch der Kanton Neuenburg. Im Unterschied zu Genf und Zürich sollte Neuenburg in seinem Pilotprojekt den Einsatz digitaler Signaturen bei Referenden und Initiativen testen. Als Träger der digitalen Signatur waren Smartcards vorgesehen. Doch dazu wird es aus Kostengründen nicht kommen. Der Bund weigerte sich, die Kosten zu übernehmen, um keinen Präzedenzfall zu schaffen. «Wir sind nicht bereit, in eine Lösung zu investieren, die uns nicht überzeugt», sagt Vizekanzlerin Hanna Muralt Müller. Damit die Stimmberechtigten die Smartcard einlesen könnten, bräuchten sie ein Lesegerät mit entsprechender Software. Kaum jemand besitzt ein solches Gerät, das rund 100 Franken kostet – Vertrieb und Support nicht mal eingerechnet.

So wird der Kanton Neuenburg auf den Einsatz digitaler Signaturen verzich-

ten und für die September-Abstimmung 2002 ein Sicherheitssystem auf zwei Stufen einführen. Mit einem Code und einer Strichliste greift der Bürger auf das «Güichet Virtuel» zu. Dort kann er mit einem zweiten Code abstimmen, den er per Post erhalten hat. «Wir sind überzeugt, dass für das Referendum und die Initiative die gleiche Technologie einsetzbar und keine digitale Signatur erforderlich ist», sagt der Informatikchef des Kantons Neuenburg, Jean Luc Abbet.

Dass eine digitale Unterschrift zum Zuge kommt, ist immer unwahrscheinlicher. Ausländische Erfahrungen haben gezeigt, dass Smartcards, die nur für den Behördenverkehr und Abstimmungen eingesetzt werden, zu teuer sind. «Welche Lösung intelligent und kostengünstig ist, steht offen», sagt Muralt. Vielleicht könnten auch biometrische Erkennungsmethoden eine Alternative sein.

Unterdessen arbeitet das EJPD unter der Leitung von Urs Bürge an der Studie

«Amtlicher Digitaler Ausweis». Untersucht wird, ob der Staat auf der bestehenden Identitätskarte die digitale Signatur abgeben soll, für die der Bürger einen Aufpreis zu zahlen hätte. In Finnland war die digitale Identitätskarte ein Flop. Die Studie soll nun den Gründen für das Scheitern des finnischen Experiments auf den Grund gehen und verschiedene europäische Projekte beleuchten. «Damit wir nicht eine Sache in Bewegung setzen, die niemand will», sagt Bürge.

Die verschiedenen Departemente des Bundes treiben die Projekte dennoch mit Hochdruck voran. «Die Schweiz als Demokratie muss alle Möglichkeiten anbieten, weil es zu ihrer Kultur gehört», sagt Jürg Römer, Delegierter für die Informatikstrategie des Bundes. «Wenn eine Minderheit E-Voting haben und Steuererklärungen über das Internet ausfüllen will, sollten wir dies ermöglichen, wenn es zu vernünftigen Kosten realisierbar ist.»

Grosses Interesse für neue Zertifizierstellen

Weil mit der digitalen Unterschrift vorläufig kein Geld zu verdienen ist, stellte die Zertifizierstelle **Swisskey** die Ausgabe öffentlicher Zertifikate ein. In den letzten Wochen kündeten verschiedene Gruppen neue Zertifizierstellen an:

► **IG TOP:** Die Organisation mit bisher rund 20 Mitgliedern will bis Mitte 2002 eine Lösung für eine neue Zertifizierstelle mit einer breit abgestützten Trägerschaft finden. Im Ausschuss sind: Christian Boesch (Direktor der Zürcher Handelskammer), Hans-Peter Frei (Swisslife), Peter Keller (Swisscom), Pascal Lamia (Informatik-Strategieorgan Bund), Giorgio

Mini (Geschäftsleiter MediData), René Müller (Projektleiter beim Datenschutzbeauftragten des Kantons Zürich), Sandra Vetsch (Kantonale Verwaltung Zürich), www.imsec.ch

► **SwissSign:** Ein Joint Venture der Firmen think digital, S.W.I.S Group und SwissSecure. www.swissign.com

► **SwissCert:** Dahinter steht die Firma IT-Secure.com. www.swisscert.com

► Der Schweizerischen Akkreditierungsstelle liegt erst ein Antrag für eine digitale Zertifizierungsstelle vor: von einem internationalen Wirtschaftsprüfungsunternehmen.

Digitale Signatur soll handschriftlicher entsprechen

Digitale Zertifikate sind die Identitätsausweise im Internet. Zwei Personen, die digitale Zertifikate bei Online-Transaktionen und im E-Mail-Verkehr einsetzen, können sich gegenseitig eindeutig identifizieren, ihre Daten digital signieren und die Informationen verschlüsseln. Eine unabhängige Zertifizierstelle (vormals Swisskey) überprüft die Identität

jedes Antragstellers, der sich dafür bei einer Registrierungsstelle persönlich ausweisen muss. Darauf stellt ihm die Zertifizierstelle ein digitales Zertifikat aus. Bei signierten Nachrichten lässt sich eindeutig feststellen, ob sie vom angegebenen Absender stammen. Digitale Zertifikate sind auf verschiedenen Trägern einsetzbar, beispielsweise

auf Smartcards in Kreditkartengrösse oder in Handys.

Vor den Sommerferien wird der Bundesrat eine Botschaft zum Gesetz der digitalen Signatur verabschieden. Er will die digitale Signatur der handschriftlichen gleichsetzen und die Haftungsbedingungen regeln. Eine unabhängige Zertifizierstelle fehlt derzeit in der Schweiz.